

Karlsruhe: Antifaschistischer Widerstand gegen rechte Kundgebung am Marktplatz

In Karlsruhe protestierten 30 Antifaschist:innen gegen eine rechte Kundgebung, die das Compact-Magazin verteidigte.

Rechter Protest in Karlsruhe: Ein Blick auf die Mobilisierung der extremen Rechten

Am 28. Juli 2024 versammelten sich rund 20 Menschen am Marktplatz in Karlsruhe, um gegen das Verbot des rechtspopulistischen Magazins „Compact“ zu protestieren. Die Veranstaltung wurde von der in der rechten Szene aktiven Neli Heiliger organisiert. „Compact“ ist bekannt für seine Kontroversen, insbesondere durch seine Unterstützung der Holocaustleugnerin Ursula Haverbeck, und dient als Plattform für verschiedene rechtsextreme Akteure.

Rechte Netzwerke und ihre Hintergründe

Bei der Kundgebung trat ein ehemaliger Redakteur von „Compact“ als Hauptredner auf. Auch prominente Mitglieder der lokalen AfD wie Jan Wettach und weitere Personen aus dem Reichsbürgerspektrum waren anwesend. Die Tatsache, dass sich so unterschiedliche Akteure zusammenfanden, zeigt, welche zentrale Rolle „Compact“ in der Vernetzung innerhalb der extremen Rechten spielt. Diese Situation wirft Fragen über die Toleranz und Mitwirkung in der Gesellschaft auf und hat Potenzial für breitere Debatten über den Umgang mit extremen politischen Ansichten.

Antifaschistische Gegenproteste: Eine klare Position

In Reaktion auf die rechte Kundgebung mobilisierten sich spontan etwa 30 Antifaschisten, um entgegenzuwirken. Angeführt von einer starken Präsenz und lautstarken Parolen, versuchten sie, die Versammlung der Rechten zu blockieren. Die Polizei intervenierte jedoch, um die Gegendemonstration abzurängen, was zu Auseinandersetzungen zwischen den beiden Gruppen führte. Dieser Widerstand der Antifaschisten unterstreicht die Wichtigkeit von zivilem Ungehorsam gegen extremistische Strömungen in der Gesellschaft.

Antifaschismus und die Rolle des Staates

Die Antifaschisten machten deutlich, dass ihre Bewegung nicht hinter staatlichen Verbotsverfahren steht. Sie kritisieren, dass der bürgerliche Rechtsstaat nicht als Lösung betrachtet werden kann, insbesondere in Zeiten eines zunehmenden Rechtsrucks. Ihr Ziel ist es, aktiv gegen Faschismus einzutreten, ohne sich auf institutionelle Mechanismen zu verlassen, die möglicherweise nicht effektiv sind. Diese Haltung reflektiert ein wachsendes Gefühl der Dringlichkeit und die Notwendigkeit, eigene Wege zu finden, um sich gegen rechtsextreme Tendenzen zu positionieren.

Fazit: Eine gespaltene Gesellschaft?

Der Vorfall in Karlsruhe beleuchtet die tiefen Spaltungen, die in der Gesellschaft existieren. Während die extreme Rechte mobilisiert, formieren sich auch Gruppen des Widerstands. Diese Gegenüberstellung macht deutlich, wie wichtig es ist, sich mit diesen Themen auseinanderzusetzen. Ein effektiver Antifaschismus erfordert Engagement und kann nicht allein im Rahmen der bestehenden politischen Ordnung stattfinden. Derartige Ereignisse fordern dazu heraus, neue Perspektiven und Handlungsstrategien zu entwickeln, um ein starkes und

solides Fundament für die Auseinandersetzung mit rechtem
Gedankengut zu schaffen.

- **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de